

Pessimistische Aussichten: Umfrage zur Finanzsituation im öffentlichen Sektor

Die finanziellen Belastungen steigen seit der Coronapandemie auch im öffentlichen Sektor. Seitdem folgt eine Krise auf die nächste. Eine Blitzumfrage des Instituts für den öffentlichen Sektor zeigt: Bei drei Viertel der Befragten hat sich die finanzielle Situation in ihrer Gebietskörperschaft oder ihrem öffentlichen Unternehmen seit Ausbruch der Pandemie verschlechtert. Vor allem die Kommunalbeschäftigten sprechen von einer verschlechterten finanziellen Situation und sehen vielfältige Sparmaßnahmen kommen. Doch auch von den Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen werden Sparmaßnahmen und in der Folge Leistungskürzungen erwartet.

Digitalisierung und Automatisierung sowie Prozessoptimierungen sehen weit mehr als die Hälfte der Befragten als Ansätze, um Ausgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich einzusparen. Ähnlich viele glauben auch, dass es zu Kürzungen oder Streckungen von Investitionen kommen werde. Die Sparmaßnahmen würden sich nach Meinung der Befragten vor allem in einem verringerten Angebot an Leistungen und Bürgerdiensten niederschlagen (40 Prozent). Bei einer gleichlautenden Umfrage des Instituts während der Coronakrise im Jahr 2021¹ glaubten dies nur knapp ein Drittel der Teilnehmenden. Im Vergleich zeigt sich heute ein deutlich pessimisti-

scheres Bild als vor drei Jahren: Nur noch ein Viertel der Befragten erwartet im Moment keine spürbaren Auswirkungen von Einsparungen, während 2021 noch über 40 Prozent davon ausgingen. An der aktuellen Befragung nahmen 119 Online-Abonnenten der Zeitschrift PublicGovernance und des instituts-eigenen LinkedIn-Kanals teil – darunter 85 aus Kommunal-, Landes- oder Bundesverwaltungen und 34 aus öffentlichen Unternehmen.

Finanzielle Lage meist schlechter als vor der Pandemie

Mit den Effekten unter anderem von Covid-19-Pandemie, Energiepreissteigerungen und Flüchtlingswelle bewerten drei Viertel der Befragten die finanzielle Situation ihrer Gebietskörperschaft oder ihres Unternehmens jetzt als schlechter (42 Prozent) oder sogar als erheblich schlechter (33 Prozent) als vor Ausbruch der Pandemie im Jahr 2020. 42 Prozent der Befragten aus den Unternehmen beurteilen die aktuelle finanzielle Lage aber weiterhin als gut (vgl. Abbildung 1) – genauso viele wie 2021.

Kommunen besonders betroffen

Die Finanzen der Kommunen scheinen von den multiplen Krisen besonders

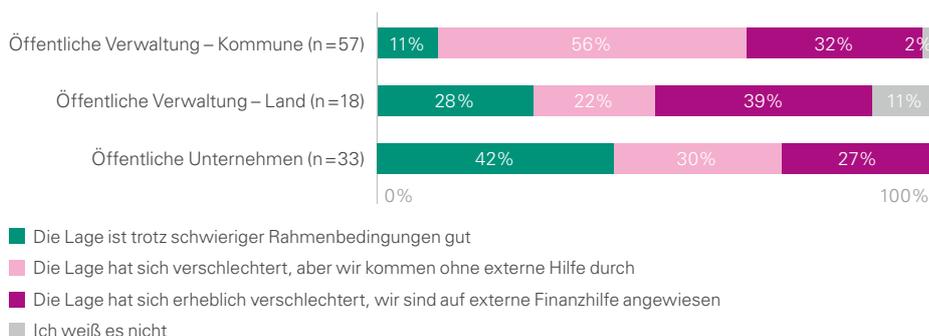
betroffen zu sein. Fast neun von zehn Kommunalvertretern (vgl. Abbildung 1) geben an, dass sich die finanzielle Lage ihrer Kommune verschärft habe im Vergleich zur Vorpandemiezeit. Eine sogar erheblich verschlechterte Finanzsituation und Bedarf an externen Finanzhilfen bescheinigen etwa ein Drittel der Kommunalvertreter. In der Hochphase der Coronakrise 2021 waren dies mit 51 Prozent noch deutlich mehr.² Dies deutet jedoch nicht notwendigerweise auf eine stabilere finanzielle Lage in den Kommunen hin, denn zu beachten ist: Externe Finanzhilfen stehen aktuell nicht mehr so umfangreich wie 2021 zur Verfügung – als Bund und Länder zum Beispiel explizite Kompensationen für erwartete Gewerbesteuerausfälle für Kommunen bereitstellten.

Bei schlechter Ausgangslage verstärkt auf Finanzhilfen angewiesen

Dort, wo die finanzielle Lage schon vor der Pandemie rückblickend als nicht gut eingeschätzt wurde (von immerhin gut jedem fünften Befragten), geben heute fast alle Befragten an, dass sie sich

² Kairies-Lamp, N./Steinkraus, M. (2021): Öffentliche Finanzen in der Corona-Krise: Die Pandemie betrifft besonders die Kommunen. In: PublicGovernance (Frühjahr 2021), S. 15, unter: https://publicgovernance.de/media/PG_Fruehjahr_21_IT_Personal.pdf (zuletzt abgerufen am 25.4.2024)

Abbildung 1: **Wie würden Sie die finanzielle Lage jetzt – mit den Effekten von Covid-19-Pandemie, Energiepreissteigerungen und Flüchtlingswelle – beschreiben?**

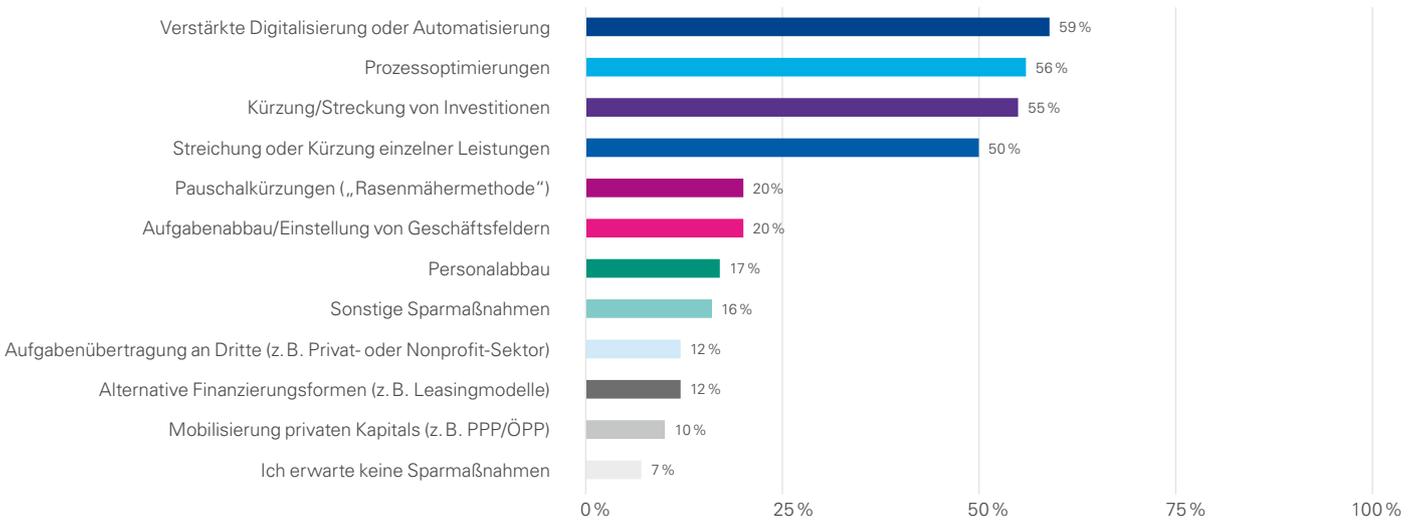


Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt
Verwaltungsebene Bund aufgrund geringer Teilnehmerzahl nicht abgebildet

Quelle: Institut für den öffentlichen Sektor e. V. (2024)

¹ An der bundesweiten Umfrage 2021 „Öffentliche Finanzen in der Corona-Krise“ unter Lesern der Fachzeitschrift PublicGovernance beteiligten sich 146 Angehörige des öffentlichen Sektors – darunter 84 Beschäftigte aus Kommunal-, Landes- oder Bundesverwaltungen und 62 aus öffentlichen Unternehmen. Der Fragebogen war identisch, bis auf den Betrachtungszeitraum für die Entwicklung der finanziellen Situation, der sich in der aktuellen Umfrage bis zum Befragungszeitpunkt Anfang 2024 erstreckt.

Abbildung 2: Welche Ansätze werden Ihrer Erwartung nach genutzt werden, um in Ihrem Zuständigkeitsbereich Ausgaben einzusparen?



n = 116 (alle Verwaltungsebenen und öffentliche Unternehmen), Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (2024)

seither verschlechtert hat. Bei knapp drei Vierteln mit schlechter Ausgangslage ist die eigene Institution offenbar sogar auf externe Finanzhilfen angewiesen. Auch von denjenigen mit rückblickend guter Ausgangslage geben knapp 70 Prozent an, dass sich die finanzielle Situation ihrer Organisation zum Vergleichszeitraum eingetrübt hat, aber nur gut jeder Fünfte sagt, dass die eigene Institution auf externe Finanzhilfen angewiesen sei. Es ist zu vermuten, dass die finanziellen Unterschiede zwischen zuvor schon armen Organisationen und denen, die schon damals finanziell besser aufgestellt waren, zunehmend größer geworden sein könnten.

Digitalisieren und Optimieren, um Ausgaben zu schonen

Wie reagiert der öffentliche Sektor auf die verschärfte finanzielle Situation? Um Einsparungen zu erreichen, geht weit mehr als die Hälfte der Befragten davon aus, dass in ihren Organisationen sowohl verstärkt auf Digitalisierung oder Automatisierung als auch auf Prozessoptimierungen gesetzt werden wird (vgl. Abbildung 2). Mit optimierten und digitalen Prozessen scheint die Hoffnung verbunden zu sein, Kosten zu reduzieren.

Investitionen offenbar gefährdet

Weiterhin prognostiziert die Hälfte der Befragten, dass es in ihren Organisatio-

nen zu Kürzungen oder Streckungen von Investitionen kommen werde (vgl. Abbildung 2). Im Vergleich zur Umfrage aus 2021 gibt es hier einen deutlichen Zuwachs. Damals glaubte nur ein Drittel der Befragten, dass solche Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung genutzt werden würden. Investitionen scheinen gerade in den Kommunen und den öffentlichen Unternehmen in Gefahr zu sein. Um Ausgaben einzusparen, erwarten sogar jeweils über 60 Prozent der Befragten aus beiden Gruppen, dass diese gekürzt oder gestrichen werden könnten. Dies könnte sich künftig auf langfristige Investitionsaufgaben von Kommunen und Stadtwerken in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Infrastruktur auswirken und den bestehenden Investitionsstau noch verstärken. Die Mobilisierung privaten Kapitals sowie die Aufgabenübertragung an Dritte spielen dagegen offenbar kaum eine Rolle.

Leistungskürzungen zu erwarten

Außerdem erwartet heute jeder zweite Befragte (vgl. Abbildung 2), dass es auch zu Streichungen oder Kürzungen einzelner bereits bestehender Leistungen in der eigenen Institution kommen werde. Dies werde sich vor allem in einem verringerten Angebot an Diensten äußern. Sollte sich diese Prognose bewahrheiten, könnte sich eine solche Beschneidung bei den Leistungen künftig im Alltag von

Bürgerinnen und Bürgern spürbar bemerkbar machen.

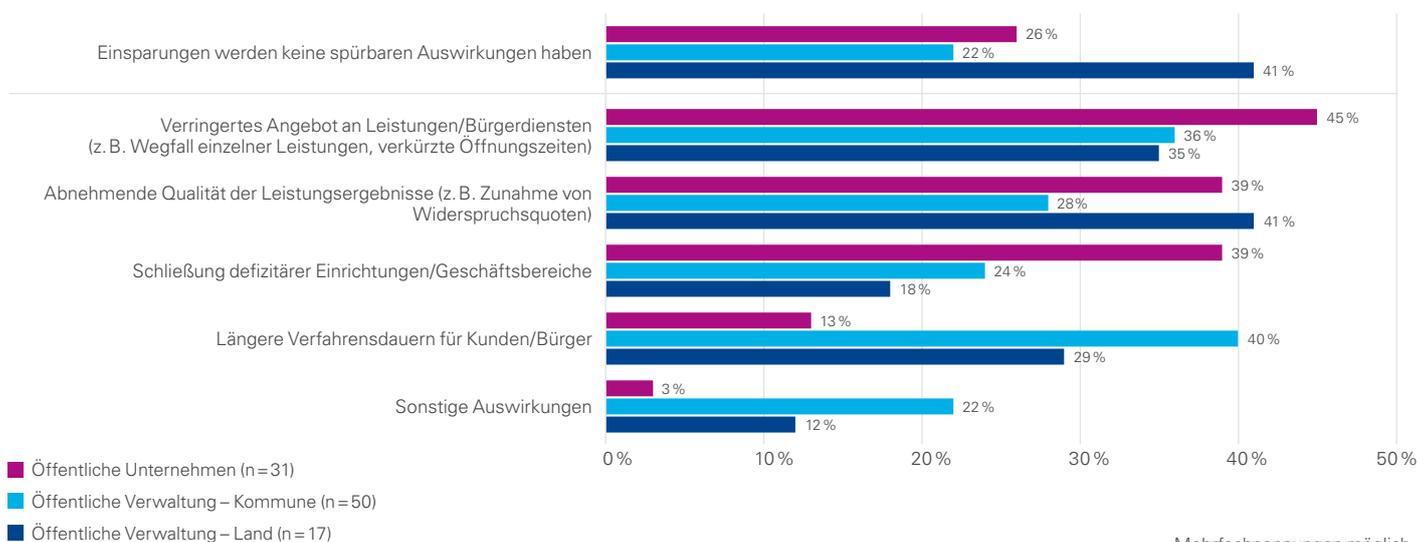
Sparen wird Leistungen verschlechtern

Gefragt nach den möglichen Auswirkungen von vorgenommenen Einsparungen, rechnen die Befragten mit einer abnehmenden Qualität der Leistungsergebnisse. Längere Verfahrensdauern werden nennenswert nur in der Verwaltung angenommen (vgl. Abbildung 3). Vor allem die Unternehmensvertreter erwarten größere Einschnitte als noch vor drei Jahren: Dass es zu einem verringerten Angebot an Leistungen kommen werde, vermutet fast die Hälfte von ihnen (45 Prozent; 2021: 21 Prozent). Jeweils 39 Prozent erwarten zudem eine abnehmende Qualität der Leistungsergebnisse (2021: 15 Prozent) sowie die Schließung defizitärer Einrichtungen bzw. Geschäftsbereiche (2021: 19 Prozent).

Unternehmen jetzt pessimistischer als während der Pandemie

Nur ein Viertel aller befragten Verwaltungs- und Unternehmensvertreter glaubt heute noch, dass die Einsparungen keine spürbaren Auswirkungen haben werden. Ähnlich pessimistisch hatten sich die Kommunen allerdings auch schon 2021 geäußert. Besonders an Zuversicht verloren haben vor allem die Unternehmensvertreter. 2021 gin-

Abbildung 3: Welche Auswirkungen werden die in Ihrer Organisation vorgenommenen Einsparungen Ihrer Meinung nach haben?



Mehrfachnennungen möglich
Verwaltungsebene Bund aufgrund geringer Teilnehmerzahl nicht abgebildet

Quelle: Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (2024)

gen noch 62 Prozent nicht von spürbaren Auswirkungen aus, jetzt sind es nur noch 26 Prozent (vgl. Abbildung 3). Möglicherweise war die damalige Einschätzung von der Zuversicht gespeist, die Coronakrise sei ein lediglich singuläres Phänomen und man werde sich mittelfristig wieder erholen. Doch mit Energiekrise und Krieg in der Ukraine gab es zusätzliche Belastungen.

Dilemma zwischen Sparen und Investieren

Öffentliche Verwaltung und Unternehmen stehen zunehmend unter finanziellem Druck – dies zeigen die Befragungsergebnisse deutlich. Dass die vielfältigen Krisen und Herausforderungen mittelfristig abebben und sich die Situation entspannen lässt – dies ist vorerst nicht zu erwarten. Was also tun? Verwaltung und Unternehmen werden nicht umhinkommen, Ausgaben zu reduzieren.

Digitalisierungsvorhaben könnten langfristig dazu beitragen, Ressourcen einzusparen und damit Ausgaben zu senken. Besonders in personalintensiven Bereichen mit zahlreichen manuellen Prozessschritten könnten durch Digitalisierung Personalkosten reduziert werden. Dieses langfristige Einsparungspotenzial setzt jedoch kurzfristige Investitionen in Technologie und Ausbildung voraus, da Mittel für oftmals langwierige IT-Projekte bereitgestellt werden müssen. Neue Technologien und Prozesse einzuführen und zu etablieren, kostet angesichts niedriger Digitalisierungsstände gerade in der Verwaltung Geld und Zeit. Die Aussichten dafür scheinen allerdings nicht so gut zu sein, wie die Ergebnisse der vorliegenden Befragung vermuten lassen. Dabei wird es wohl auch darum gehen müssen, Ausgaben zu priorisieren. Neben der

Digitalisierung warten zudem weitere Herausforderungen bei Nachhaltigkeit, Infrastruktur und Umweltschutz. Außerdem ist zu befürchten, dass Einbußen in Qualität und Quantität der Leistungen die allgemeine Unzufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand weiter verstärken könnten und das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit weiter schwinden lassen.³

Die deutsche Wirtschaft blickt mit negativen Erwartungen in die Zukunft⁴ – die Ergebnisse der Umfrage lassen dies auch für die öffentlichen Unternehmen erkennen. Der Verbund mit finanziell angeschlagenen Eigentümern – beispielsweise mit den zunehmend belasteten Kommunen – könnte die Situation weiter für sie verschärfen. Die Folge: Öffentliche Unternehmen werden kostensenkende Maßnahmen in noch größerem Umfang in Betracht ziehen müssen. |

Maria Solbrig, Nina Kairies-Lamp,
Dr. Ferdinand Schuster

³ Vgl. forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2023): dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst – Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger, unter: https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/global_elemente/pdfs/2023/for_sa_2023.pdf (zuletzt abgerufen am 25.4.2024)

⁴ Vgl. ifo Institut: ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024: Deutsche Wirtschaft wie gelähmt, unter <https://www.ifo.de/fakten/2024-03-06/ifo-konjunkturprognose-fruehjahr-2024-deutsche-wirtschaft-wie-gelaehmt> (zuletzt abgerufen am 2.5.2024)

